

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

bis in das Jahr 2020 wuchs die deutsche Wirtschaftsleistung, seither stagniert sie. Das Wirtschaftswachstum führte zu hohen Steuereinnahmen, wovon auch Plochingen profitierte. Gewerbe- und Einkommensteuer erlaubten es, viel Liquidität aufzubauen. Diese Liquidität wurde eingesetzt, um das Gymnasium zu sanieren. Der Sanierungsteil mit 12.451 qm Nutzfläche kostet etwa 45 Mio. EUR, wovon das Land 7,7 Mio. EUR übernimmt. Etwa 37 Mio. EUR muss die Stadt zahlen. Das sind etwa 3.000 EUR/qm. Der Neubau des Bauteils B war für die Stadt Plochingen demgegenüber wesentlich billiger. Der Neubau kostet 13,1 Mio. EUR. Davon zahlt das Land 4,3 Mio. EUR und die Nachbarkommunen 5,0 Mio. EUR. Damit verbleiben bei der Stadt Plochingen 3,8 Mio. EUR, wofür 3.012 qm Nutzfläche errichtet wurden. Der Quadratmeter Nutzfläche des Neubaus kostete die Stadt etwa 1.300 EUR, also weniger als die Hälfte der Sanierungskosten. Die teure Fehlentscheidung für eine Sanierung statt eines Neubaus belastet die Stadt mit insgesamt 41 Mio. EUR.

Das Finanzpolster ist jetzt aufgezehrt, obwohl der Ausbau des unteren Schulzentrums unvollendet ist. Es fehlt eine Mensa, die beim Ganztagesbetrieb unverzichtbar ist. Da die Sporthallen Esslinger und Bismarckstraße das Ende ihres Lebenszyklus erreichen oder erreicht haben, bedarf es einer Dreifachsporthalle und - last but not least - eines Schul- und Sportbades. Mit diesen drei Einrichtungen wäre das untere Schulzentrum abgerundet. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2030 sind hierfür allerdings keine Gelder vorgesehen.

Bereitgestellt werden Gelder für die baulichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ganztagesbetreuung im oberen Schulzentrum und für die Generalinstandsetzung und Aufstockung des Kindergartens St. Konrad.

Die Hauptinvestitionen fließen in zweistelliger Millionenhöhe allerdings in das Erneuerungsgebiet Filsgebiet-West. Grundsätzlich ist die Erneuerung eines Gewerbegebietes positiv zu sehen. Im vorliegenden Fall darf man allerdings fragen, ob Investitionen von ca. 23 Mio. EUR - von denen die Stadt etwa 12 Mio. tragen muss - angesichts der geringen Größe des Gebietes und der Nutzungseinschränkungen durch die das Gebiet querende 110 KV-Leitung gerechtfertigt sind. Hinzu kommen bauliche Auflagen bezüglich des Hochwasserschutzes. Dass sich keine Interessenten fanden, die in die "Neue Mitte" von Filsgebiet-West investieren wollen, ist ein Warnzeichen.

Während man sich in Wernau offenbar noch an das Neckarhochwasser von 1978 erinnert, das allein im Raum Nürtingen Schäden von etwa 100 Mio. DM verursachte, und deshalb Gewerbeflächen per Aufschüttung höher legt, passiert im Filsgebiet-West derartiges nicht.

Während man in der Vergangenheit aus dem Vollen schöpfen konnte, ändert sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland grundlegend. Besonders schwerwiegend ist, dass die deutschlandweite Konjunkturschwäche im Mittleren Neckarraum durch die Strukturkrise der Automobilindustrie überlagert wird. Diese führt dazu, dass Betriebe geschlossen oder in das Ausland verlagert werden. In der Folge werden die Steuereinnahmen sinken und die Sozialausgaben steigen. Davon wird auch Plochingen betroffen sein. In dieser Situation gibt es die Möglichkeit, die Handlungs- und Zahlungsfähigkeit der Stadt durch höhere Steuern und/oder höhere Schulden zu sichern. Diesen Weg sollte man erst gehen, wenn das Einsparpotenzial ausgelotet und ausgeschöpft wurde.

Wenn es um Einsparungen geht, dann rücken die Personalaufwendungen mit 18 Mio. EUR oder 32,5% der Haushaltsausgaben und die Sach- und Dienstleistungen mit 12,3 Mio. EUR oder 22,2 % der Haushaltsausgaben in das Blickfeld.

Bei den Personalaufwendungen können Einsparungen im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst kaum realisiert werden, weil die Betreuungsrelationen festgelegt sind und es im übrigen immer wieder zu Personalausfällen wegen Krankheit und Beschäftigungsverbot (Schwangerschaft) kommt.

Anders stellt sich das bei jenen Beschäftigten dar, die unter den TVÖD der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände fallen. Das sind in Plochingen immerhin 134,15 Stellen. Daneben gibt es noch 18 Beamtenstellen. Wir schlagen für diesen Bereich als Sparmaßnahme eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre vor, in der geprüft wird, ob die frei gewordene Stelle mit der ursprünglichen Stellenbeschreibung und Eingruppierung wiederbesetzt wird.

Ich darf zwei Bereiche herausheben, in denen Stelleneinsparungen bereits nach erster Betrachtung möglich sind. Das ist zum einen das Gebäudemanagement, das mit 10 Beschäftigten üppig ausgestattet ist, zumal die betreuten Gebäude über Hausmeister verfügen. Die eigentlichen Wartungs- und Reparaturarbeiten werden zudem von externen Dienstleistern ausgeführt.

Für den Tourismusbereich fordern wir eine Vollkostenrechnung. Das Defizit von jährlich ca. 250.000 EUR scheint uns angesichts der zukünftig angespannten Haushaltslage nicht mehr gerechtfertigt zu sein.

Weitere Anträge der Bürgerliste Plochingen dienen dem Zweck, den Bereich Sach- und Dienstleistungen transparenter zu machen. Dieser ist besonders geeignet, Ausgaben zu verstecken. So erscheinen die Prozess- und Gerichtskosten nicht unter "Justitiariat", sondern werden bei den einzelnen Teilhaushalten gebucht und sind im Haushaltsplan nicht mehr sichtbar.

Ausgabenpositionen, die der Gemeinderat im Haushaltsplan nicht erkennen kann, kann er auch nicht dahingehend prüfen, ob sie gerechtfertigt sind.

Meine Damen und Herren,
geänderte Rahmenbedingungen erfordern ein verändertes Verhalten. Zur Zeit weist der Kernhaushalt eine Verschuldung von 2,5 Mio. EUR auf, die Stadtwerke von 10 Mio. EUR, der Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung von 10,6 Mio. EUR und der Eigenbetrieb Wohnen von 7,9 Mio. EUR. Das sind zusammen 31 Mio. EUR. Hinzu kommen Schulden von ca. 8 Mio. EUR bei der Stadtbau Plochingen GmbH & Co.KG und ca. 2 Mio. EUR bei der Infrastrukturgesellschaft Plochingen. Das sind insgesamt ca. 41 Mio. EUR Schulden. Der Haushaltsplan 2026/2027 prognostiziert neue Schulden des Kernhaushaltes bis 2030 von 36,4 Mio. EUR. Dann läge die Gesamtverschuldung bei 77,4 Mio. EUR. Da die Wasserversorgung ebenso wie der Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung ihre Investitionen weitgehend über Kredite finanzieren, könnte die Gesamtverschuldung im Jahre 2030, also in fünf Jahren, nahe 90 Mio. EUR liegen. Das wäre eine Verschuldung von 6.200 EUR/Einw..

Vor diesem Hintergrund ist klar, dass der erste Schritt zur Eindämmung der Verschuldung

Einsparungen sind. Steuer- und Gebührenerhöhungen stehen in der zweiten Reihe.

Die Bürgerliste Plochingen ist stolz, dass es ihr gelungen ist, bereits im Vorfeld der eigentlichen Haushaltsberatungen deutliche Einsparungen zu erreichen. So gelang es z.B., die im Haushaltsplan vorgesehene Zahlung an das Deutsche Jugendherbergswerk von 60.000 EUR in 2026 und 70.000 EUR in 2027 auf jeweils 0 EUR in 2026 und in 2027 zu senken. Auch beim CVJM wurden nach unserer Intervention die angesetzten Beträge von 60.000 EUR in 2026 auf 15.000 EUR und von 70.000 EUR in 2027 auf 20.000 EUR herabgesetzt.

Die Bürgerliste Plochingen legt Wert darauf, dass mit den Steuergeldern der Plochinger Bürgerinnen und Bürger umsichtig umgegangen wird. Das ist offensichtlich beim Gymnasium nicht geschehen. Beim Objekt Brühlstraße 10 + 12 übertreffen die Herstellungskosten je Quadratmeter Wohnfläche die vergleichbarer Objekte in Deizisau und Wernau. Das ist ein Zeichen für mangelnde Kostenkontrolle. Die Zeche zahlen die Plochinger Steuerzahler in Form von Mietzuschüssen.

Wir wollen durch Einsparungen finanzielle Freiräume schaffen, damit eine Mensa im unteren Schulzentrum gebaut werden kann, damit für die Kinder sichere Schulwege geschaffen werden können, damit die Kinder das sichere Schwimmen lernen, wozu es eines Schul- und Sportbades in Plochingen braucht.

Die finanzielle Unterstützung der Vereine und die Finanzierung von Stadtfesten und Kulturveranstaltungen soll fortgesetzt werden, um Plochingen als lebens- und liebenswerte Stadt zu erhalten.

02.12.2025